



# Schleswig-Holstein zum sicheren Hafen machen

Beschluss Landesparteirat, 24. April 2019

Jede Kommune in Schleswig-Holstein soll zum sicheren Hafen werden. Wir wollen erreichen, dass sich alle SPD-Fraktionen in den Kommunalparlamenten dafür einsetzen, dass sich Schleswig-Holstein als Bundesland zur humanitären Hilfe und zu Menschlichkeit bekennt.

Der SPD Landesparteirat unterstützt die Aktion „Seebrücke – schafft sichere Häfen“.

Wir sind solidarisch mit den Kommunen, die Menschen bei sich aufzunehmen, die bei ihrer Flucht über das Mittelmeer in Seenot geraten sind und um Leib und Leben fürchten müssen. Gemeinsam mit den vielen anderen Gemeinden, Städten und Kreisen, setzen diese Kommunen ein Zeichen der Solidarität mit den in Not befindlichen Menschen.

Der Landesparteirat ruft die SPD-Fraktionen auf allen Ebenen des Landes auf, diese Aktion zu unterstützen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dem anzuschließen.

Wir rufen die Bundesregierung auf, Fluchtursachen zu bekämpfen und auch auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, den Menschen, die auf dem Mittelmeer in Not geraten sind, Hilfe zu leisten und Zuflucht zu bieten.“

### Anlage:

#### Beschluss des Kreistages Schleswig-Flensburg als Beispiel:

„Der Kreis Schleswig-Flensburg unterstützt die Aktion „Seebrücke – schafft sichere Häfen“. Der Kreis unterstützt auch weiterhin die Kreisangehörigen Gemeinden, Menschen bei sich aufzunehmen, die bei ihrer Flucht über das Mittelmeer in Seenot geraten sind und um Leib und Leben fürchten müssen. Er gewährt Ihnen den Zugang zum Asylverfahren hier vor Ort. Gemeinsam mit den vielen anderen Gemeinden, Städten und Kreisen, die die Seebrücke bereits unterstützen, wird damit ein deutliches Zeichen der Solidarität mit den in Not befindlichen Menschen gegeben und ein konkretes Hilfsangebot formuliert. Die Kreisverwaltung wird aufgefordert, sich in Abstimmung mit dem Städtebund SL-FL und Gemeindetag SL-FL und ggf. in Abstimmung mit anderen Städten und Kreisen in Schleswig-Holstein an den Bundesinnenminister zu wenden und die Bereitschaft zur Aufnahme zu signalisieren und das Verfahren zu klären. Gespräche mit dem Land sind durch Kommunen in Schleswig-Holstein bereits geführt worden. Die Erkenntnisse hieraus können im weiteren Verfahren berücksichtigt werden. Der Kreistag des Kreises Schleswig-Flensburg appelliert gleichzeitig an die Bundesregierung, Fluchtursachen vehement zu bekämpfen und den Menschen, die auf dem Mittelmeer in Not geraten sind, Hilfe zu leisten.“

#### Beschluss der Kieler Ratsversammlung als Beispiel:

Antrag: Die Kieler Ratsversammlung unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“. Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich auch das Land Schleswig-Holstein bereit erklärt hat, aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen und dafür finanzielle Mittel bereitstellt. Auch Kiel ist bereit, weiterhin freiwillig Geflüchtete aufzunehmen. Deshalb erklärt sich Kiel offiziell zum sicheren Hafen für Geflüchtete. Damit manifestiert die Stadt die bisher gelebte Praxis Kiels und ihrer Bevölkerung.

Die Ratsversammlung appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungshilfe- und Klimaschutzpolitik, dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet werden und gerecht und menschenwürdig in Europa verteilt werden.

Begründung: Das Sterben auf dem Mittelmeer geht weiter. Bereits über 1.500 Menschen sind offiziell im Jahr 2018 ertrunken, viele Tausende in den vergangenen Jahren und täglich kommen weitere hinzu. Europäische Regierungen stellen zum Teil nicht nur jegliche staatliche Seenotrettung ein, sondern kriminalisieren auch die zivilgesellschaftliche Seenotrettung und verhindern ihre Arbeit.

Die zivilgesellschaftliche Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ protestiert seit geraumer Zeit gegen das Sterben im Mittelmeer und gegen die Kriminalisierung von Seenotretter\*innen. Auch in Kiel beteiligen sich hunderte Einwohner\*innen an Aktionen und Demonstrationen der Seebrücke und die Bewegung wächst. Gleichzeitig ist es wichtig zu sagen, dass Kiel und die Kieler\*innen in den vergangenen Jahren enorme Anstrengungen unternommen haben und weiterhin unternommen werden, um Geflüchtete beim Ankommen zu unterstützen. Viele unterschiedliche Städte in Europa haben sich bereits solidarisiert und angeboten, in Seenot geratene Menschen aufzunehmen. Kiel will hier ebenfalls ein Zeichen für Menschlichkeit und Frieden setzen

### Beschluss der Flensburger Ratsversammlung als Beispiel:

#### Antrag:

Die Flensburger Ratsversammlung unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“. Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich auch das Land Schleswig-Holstein bereit erklärt hat, aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen und dafür finanzielle Mittel bereitstellt.

Auch Flensburg ist bereit, bei einer gerechten Verteilung weiterhin Flüchtlinge aufzunehmen.

Der Rat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungshilfepolitik und dafür, dass die Menschen auf dem Mittelmeer gerettet werden.

#### Begründung:

Das Sterben auf dem Mittelmeer setzt sich jeden Tag fort. Bereits über 1.500 Menschen sind im Jahr 2018 ertrunken, viele Tausende in den vergangenen Jahren und täglich kommen weitere hinzu. Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher liegen. Europäische Regierungen stellen zum Teil nicht nur jegliche staatliche Seenotrettung ein, sondern kriminalisieren auch die zivilgesellschaftliche Seenotrettung und verhindern ihre Arbeit. Die zivilgesellschaftliche Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ protestiert seit geraumer Zeit gegen das Sterben im Mittelmeer und gegen die Kriminalisierung von Seenotretter\*innen. Auch in Flensburg beteiligen sich schon hunderte Einwohner\*innen an Aktionen der Seebrücke und die Bewegung wächst. Viele unterschiedliche Städte in Europa haben sich bereits solidarisiert und angeboten, in Seenot geratene Menschen aufzunehmen. Flensburg will hier ebenfalls ein Zeichen für Menschlichkeit und Frieden setzen. In den letzten Jahren haben die Einwohner\*innen dieser Stadt, die Verwaltung und die Politik gezeigt, dass sie bereit und fähig sind geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

Die Anzahl Asylsuchender, die nach Schleswig-Holstein und nach Flensburg kommen, ist kontinuierlich gesunken. In Flensburg wurden im vergangenen Jahr 162 asylsuchende Menschen aufgenommen (2015 waren es 1088 Menschen). In diesem Jahr wird die Zahl noch geringer, als im vergangenen. Unsere inzwischen geschaffenen Kapazitäten für die Aufnahme Geflüchteter sind längst nicht mehr ausgelastet. Wir sind deshalb bereit, zusätzlich zu unserem Kontingent, einen Teil der aus dem Mittelmeer geretteten Menschen bei uns aufzunehmen.

Flensburg ist eine bunte Stadt, die traditionell durch verschiedene Kulturen geprägt ist, heute fühlen sich bei uns über 130 Nationalitäten wohl.

Bei der Aufnahme Schutzsuchender gibt es ebenfalls eine lange Tradition, bereits nach dem zweiten Weltkrieg kamen binnen kürzester Zeit über 30.000 Flüchtlinge und Vertriebene nach Flensburg und katapultierten die Einwohnerzahl damit seinerzeit sogar über die 100 000 Einwohnermarke.

Schleswig-Holstein muss einen Anteil von 3,4 Prozent der nach Deutschland kommenden Asylbewerber aufnehmen. Flensburg muss von den Asylbewerbern, die Schleswig-Holstein zugewiesen werden 3,1 Prozent aufnehmen. (RV-99/2015)

2015 stand unser Bahnhof plötzlich als Drehscheibe Schutzsuchender, die sich auf der Durchreise nach Skandinavien befanden, im bundesweiten Fokus. Das breite bürgerschaftliche Engagement und die gelebte Willkommenskultur wirken bis heute nach. Auch die kommunalen Unterstützungsstrukturen sind mittlerweile aufgebaut und etabliert. Flensburg ist daher gut aufgestellt, zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen. Zuwanderung ist eine große Chance für unsere Stadt und die umliegende Region. Wir wollen Schutzsuchende willkommen heißen, ihnen gute Integrationsangebote an die Hand geben und sie in der Region halten.

Finanzielle Unterstützung erwarten wir konkret aus dem Aufnahmeprogramm des Landes.

### Beschluss der Gemeindevertretung Sylt als Beispiel:

[...]

Als Gemeinde Sylt sind wir bereit, direkt und unbürokratisch den Kurs Schleswig-Holsteins zu unterstützen. Wir sind in der Lage, \_\_\_\_ Personen bis zur Klärung ihrer Asylanträge zu beherbergen und sie, wenn möglich, langfristig zu integrieren. Das Programm „Festmachen auf Sylt“ ist bereits ein Beispiel dafür, wie die Zusammenarbeit von Ehrenamt, ArbeitgeberInnen, DEHOGA, IHK und der Gemeinde auch auf Sylt zu einer erfolgreichen Integration in den Arbeitsmarkt gelingen kann.

Wir unterstützen damit den Kurs für ein solidarisches, humanitär handelndes und hilfsbereites Europa.

Als Schleswig-HolsteinerInnen und EuropäerInnen schätzen wir die offenen Grenzen zu unseren Nachbarn.

Unsere Erfahrungen als SylterInnen sind davon geprägt Integration als gemeinsame Aufgabe zu verstehen.

Unsere Insel ist vom Meer umgeben und wir Sylter haben eine lange Tradition als Seefahrer und SeenotretterInnen. Der „Friedhof der Heimatlosen“ in Westerland mahnt uns, dass die See unberechenbar ist und erinnert uns an die vielen Sylter, die über die Jahrhunderte selbst in Seenot gerieten. Wir danken allen uneigennütigen Seenotrettern für ihren unermüdlichen Einsatz auf allen Weltmeeren.

Mit dieser Aktion der Hilfsbereitschaft wollen wir als Inselgemeinde unseren Teil dazu beitragen, Menschen, die in See- und Kriegsnot gerieten, weiterzuhelfen.“